Informationen
Kommentare
Meinungen

Heimat- und Geschichtsverein
Winterberg e.V.
IW-Ge/Pol

Die Brennessel

Kritische Stadtteilzeitung

Aus dem Inhalt:

Gerichtsverfahren gegen die „Brennessel"
Küng
Aufgespießt
Mit den Russen reden
Zum Kanzlerkandidaten

3. Jahrgang
Nr. 2
16. Mai 1980

„Die Brennessel"
kritische Stadtzeitung

Herausgeber und
verantw. Redakteur:
Klaus Adamek

Redaktionsanschrift:
Fichtenweg 47
Winterberg - Tel. 370

Druck: Eigendruck

Heimat- und Geschichtsverein
Winterberg e.V.
I-W. Gelpol

Bürgermeister Schnorbus klagt gegen die "Brennessel"

Bürgermeister Schnorbus hat am 11.3. 1980 eine Klage beim Landgericht in Arnsberg gegen den Herausgeber der "Brennessel" eingereicht. Im Schriftsatz seines Anwaltes verlangt er den Widerruf einer Passage aus dem Artikel "Des Bürgermeisters Neujahrswunsch" aus der 1.Ausgabe des 3. Jahrganges. Der Absatz in dem Artikel lautet: " diese Alternativen (zur Sanierungsplanung der L.E.G. d.Red.) müssen demokratisch diskutiert werden und nicht in der diktatorischen Form abgehandelt werden, die der Bürgermeister zunehmend zu seinem Stil macht." Bürgermeister Schnorbus sieht darin eine ehrenrührige Tatsachenbehauptung und eine Behinderung seines Wirkens.

Das Landgericht Arnsberg hat am 9.5.1980 entschieden:
Die Klage von Bürgermeister Schnorbus wird abgewiesen.
Der Kläger trägt die Kosten des Rechtsstreits.

Dieses Urteil beweist, daß das Recht auf freie Meinungsäußerung, Artikel 5 des Grundgesetzes auch für die "Brennessel" gilt.

xxxxxxxxxxxx

Was noch zu klären bleibt

Der Streit zwischen der römischen Kurie und dem deutschen Episkopat einerseits und dem katholischen Theologieprofessor und Priester Hans Küng endet vorläufig mit einem Kompromiss. Küng kann als katholischer Priester weiterhin predigen, auch kann er nach der Ausgliederung des Ökumenischen Instituts aus der katholisch-theologischen Fakultät und seiner direkten Unterstellung unter den Senat der Universität weiterhin Studenten unterrichten. Nach dem Entzug der kirchlichen Lehrerlaubnis ist Küng nicht mehr Mitglied der Kath. Theol.-Fakultät der Uni Tübingen. Die Amtskirche hat ihre rechtlichen Möglichkeiten aus dem Konkordat vom Jahr 1933 genutzt. Formal können die römische Kurie und ein Teil der deutschen Bischöfe zufrieden sein. Aus einer längeren Erklärung, die Küng am 10.April1980 in Tübingen verlas, zitieren wir wenige Sätze im Zusammenhang, aus denen die Grundsätzlichkeit der Auseinandersetzung erkennbar wird und damit die Bedeutung für alle Katholiken.

"Ungeachtet der inneruniversitären Lösung also bleiben die grundsätzlichen Fragen bestehen, und die Auseinandersetzungen werden nicht aufhören: Es bleibt die von Rom und den Bischöfen nach wie vor unbeantwortete Frage nach ihrer Unfehlbarkeit. Es bleibt die Frage nach einer heute glaubwürdigen christlichen Verkündigung in Kirche und Schule. Es bleibt die Frage nach der Verständigung zwischen den Konfessionen und nach der gegenseitigen Anerkennung der Ämter und Abendmahlsfeiern. Es bleibt die Frage nach den drängenden Reformaufgaben von der Geburtenregelung über Mischehen und Ehescheidung bis hin zur Frauenordination, Zwangszölibat und dem daruas folgenden katastrophalen Priestermangel. Es bleibt vor allem die Frage an die Leitung der Katholischen Kirche: wohin führt Ihr diese unsere Kirche? Auf dem Weg von Johannes XXIII. und dem Zweiten Vatikanum in eine größere katholische Weite, Menschlichkeit und Christlichkeit? Oder auf dem Weg des Ersten Vatikanum und der Pius-Päpste zurück in ein autoritäres katholisches Getto? Noch immer möchte ich hoffen, daß schließlich doch der Geist

wahrer, evangelischer Katholizität über den Ungeist eines juristisch-verengten, doktrinär-erstarrten und triumphalistisch-angsterfüllten Katholizismus obsiegen wird."

xxxxxxxxxxxx

A U F G E S P I E S S T

Schmuckstück

An Winterabenden, tiefverschneit und von gleißendem Flutlicht angestrahlt, sieht die Bobbahn zuweilen schön aus. Jetzt im Sommer bietet sie einen schauderhaften Anblick und verschandelt das Landschaftsbild. Die "Kappe" sieht aus wie ein verlassener und nicht rekultivierter Steinbruch, die aufstehenden Betonkörper wie Teile einer Fabrikanlage. Die Zäune liegen geknickt am Boden, die Oberfläche des Berges ist der Erosion verfallen. Tiefe Regenrisse durchziehen den steinigen Boden und die Böschungen fransen aus. Die ehemaligen Wanderwege sind abgeschnitten wie Wege im Niemandsland. Soll diese Anlage Winterbergs Schmuckstück darstellen? Auch wenn die Begrünung ein Teil der Nachfinanzierung ist und damit nicht gesichert, könnte doch die städt. Forstbehörde durch Anpflanzung von Bäumen und Aussaat von Lupinen den Eindruck mildern.

Der Riss in der Kurve 9, vor dem Winter mit einem Aufwand von DM 300.000,- hydraulisch beseitigt, ist augenblicklich 11cm breit.

xxxxxxxxxxxx

Rücksichtslos

Wer sich "Straßen" im Schneilgebiet ansieht, Erlenweg, Kiefernweg, Buchenweg und Birkenweg, dem steigt die Zornesröte ins Gesicht. Im Bereich der anliegenden Baustellen sind die Fahrbahnen der genannten Wege und Straßen durch Baufahrzeuge total zerstört. Hausanschlüsse und Kanalbau (Erlenweg) haben diese Straßen und Wege in Moraste verwandelt, die teilweise nicht mehr passierbar sind. Leere Zementsäcke Ziegel und übriggebliebene Kanalschachtringe säumen die Ränder. Fremde Grundstücke, zur Baustofflagerung einfach in Anspruch genommen, sind unaufgeräumt hinterlassen worden, Wiesengrundstücke durch schwere Fahrzeuge zerfahren. Es scheint so, als würde gegen die Rücksichtslosigkeit von Bauherren und einigen Baufirmen nur noch die Anzeige beim Ordnungsamt Aussicht auf Änderung des Verhaltens bieten. Auch auf der Wallme geben die katastrophalen Straßenverhältnisse Anlaß zu der Frage ob die Schäden, die durch Hausanschlüsse an den Fahrbahnen entstanden sind, durch die Verursacher endlich beseitigt werden.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, daß Bauherren vor dem Aufreißen der Straßendecke eine behördliche Genehmigung einzuholen haben und durch Gesetz verpflichtet sind, die entstandenen Schäden restlos zu beseitigen. Die Behörde ihrerseits ist gehalten zu kontrollieren, ob die Wege und Straßen nach angemessener Frist wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzt worden sind.

xxxxxxxxxxxx

Kinder haben auch Wünsche

Nach einem Besuch der Rollschuhbahn in Silbach haben einige Kinder des Schneilgebietes spontan den Wunsch geäußert, daß für die Winterberger Kinder eine Rollschuhbahn errichtet werden sollte. Unbefangen äußerten sie die Meinung, daß die "Großen" für sie nur Schulen bereit hielten und meinten weiter, der Bürgermeister würde sich immer nur die Sorgen der Erwachsenen anhören. Umgehend verfaßten sie untenstehenden Apell und sammelten über 200 Unterschriften. Darunter auch einige von Erwachsenen weil sie der Auffassung waren, daß "Kinder allein sowieso nichts machen können." Diese Unterschriftensammlung haben sie bei der Stadtverwaltung abgegeben.
Hier der Wortlaut:
Eine Rollschuhbahn in Winterberg
Viele Leute motzen wenn wir Kinder auf dem Bürgersteig Rollschuh oder Skateboard fahren. Daher müßte eigentlich was unternommen werden. Ich selber meine, die Stadt Winterberg sollte viel mehr für uns Kinder tun. Ich meine nicht, daß die Stadt einen neuen Spielplatz bauen soll, sondern eine Rollschuhbahn in Winterberg, die für manche Kinder ein wenig wichtiger wäre, denn für die Erwachsenen ist immer alles da. Nur wir Kinder müssen im Sport und Spiel auf vieles verzichten.

Die Redaktion der "Brennessel" glaubt sich mit vielen Winterberger Bürgern einig, daß man diesen Wunsch erfüllen kann. Vielleicht ermöglicht folgender Vorschlag die Erstellung einer Rollschuhbahn. Ein kleiner Teil der ungenutzten PKW Parkfläche an der Eissporthalle erhält einen Asphaltüberzug und wird durch Baumstämme abgegrenzt, die bei wachsendem Parkbedarf im Winter leicht zu entfernen wären. Wir sind sicher, daß die Kosten für den Asphalt durch eine Spendenaktion aufgebracht werden können.

xxxxxxxxxxxx

Verluste

Entgegen den optimistischen Erwartungen ist die Bobbahn ein erhebliches Zusatzgeschäft, das den Kreis und die Stadt Winterberg als Träger der Erholungs- und Sportzentrum GmbH enorme Summen kostet. Dies geht aus einer Aufstellung über die Verluste der Gesellschaft für die Jahre 1975-1980 hervor, die die SPD-Ratsfraktion veröffentlicht hat. Dieser Aufstellung entnehmen wir folgende Zahlen:
Gesamtverluste:

1975/76	lt.Bilanz	DM	12.435,--
1977	lt.Bilanz	DM	279.713,--
1978	lt.Bilanz	DM	591.968,--
1979	Ansatz	DM	581.650,--
1980	Ansatz	DM	706.400,--
	Gesamt:	DM	2.172.167,--

Davon trägt die Stadt 50% d.h. DM 1.086.083,50
Betrachtet man die Bobbahn als hervorragenden Werbefaktor, so dürfte die Ausgabe von DM 1 Mio. in 5 Jahren dennoch zu hoch sein, zumal es sich bei diesen Ausgaben nur um den Ausgleich entstandener Verluste handelt. Die von der Stadt zu zahlenden Beträge aus den Kostenüberschreitungen in Höhe von DM 4 Mio. und etwaige Anteile an den Kosten für die Sanierung der abrutschenden Kurve 9 sind hierbei nicht erwähnt.

xxxxxxxxxxxx

Finanziell übernommen

Die Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Winterberg für 1980 am 21.März ergaben in DM und Pfennig das Eingeständnis von Rat und Verwaltung, sich über Jahre hinaus finanziell übernommen zu haben.
Der Sprecher der CWG, Kroh, hielt genau genommen keine Haushaltsrede, sondern wies klar und deutlich die politische Verantwortung für die entstandene

Misere der CDU und SPD zu, die Winterberg "herabgewirtschaftet" hätten. Aus seiner Sicht habe CDU und SPD die Verwaltung nicht ausreichend kontrolliert und deren Finanzgebahren abgesegnet.

Der Sprecher der FDP-Fraktion, Rossel, brachte eine Haushaltsrede, die rhetorisch gelungen war, aber außer der Forderung nach Einführung der Zweitwohnungs-Besteuerung und Erstellung einer Prioritätenliste keine weiteren Sparforderungen enthielt.

Herr Hassenpflug, der Sprecher der SPD-Fraktion, glänzte wie jedes Jahr mit einer wortgewaltigen, von Längen und Wiederholungen nicht freien Haushaltsrede. Er kritisierte das Fehlen einer freien Finanzspitze, die Ankurbelung zahlreicher Vorhaben ohne Ermittlung und Berücksichtigung der Folgekosten und forderte drastische Sparmaßnahmen. Die von der CDU vorgeschlagenen Ausgabenkürzungen im Verwaltungshaushalt seien Zahlenkosmetik, ebnso die Einsparungen im Vermögenshaushalt. Die Nichtveranschlagung der zu erwartenden Bobbahnverluste und voraussichtlichen Verluste am Dumel verschleiere die wahre Finanzsituation. Er plädierte für die Beibehaltung des Gewerbesteuerhebesatzes von 275 v.H., weil die Steuerersparnis für die einzelnen Betriebe vergleichsweise gering, der Einnahmeausfall bei einer Senkung für die Stadt aber erheblich sei. Konkrete Vorschläge für drastische Sparmaßnahmen machte er nicht.

Der Haushaltssprecher der CDU, Caspari, trug die Kürzungsvorschläge seiner Partei vor. Im Verwaltungshaushalt muß die Stadt den Einnahmeausfall aus der Senkung der Gewerbesteuer von DM 300.000,- ausgleichen. Unter anderem soll dies durch die Kürzung der Mittel für die Schneeräumung um DM 30.000,-- auf DM 70.000,-- geschehen, die lt. Jahresrechnung schon im Jahre 1978 DM 77.322,-- gekostet hat. Völlig undurchsichtig ist die Kürzung der Kostenanteile für die Bobbahn um DM 50.000,--. War schon der ursprüngliche Haushaltsansatz von DM 200.000,-- völlig unrealistisch, so ist dessen Kürzung auf DM 150.000,- wirklich nur eine Irreführung. Die Kürzung der Werbungskosten der Kurverwaltung bei abnehmenden Übernachtungszahlen ist ein Widerspruch. Um die Mindereinnahmen im Vermögenshaushalt in Höhe von DM 1.775.000,- auszugleichen, schlug die CDU eine Reihe von Kürzungen vor, die es wert sind nicht nur kleingedruckt im Mitteilungsblatt zu erscheinen. So werden DM 900.000,- für den Neubau der Grundschule und einer Dreifachturnhalle gestrichen, die Sonderschule verliert ihren gesamten Haushaltsansatz von DM 6.000,-. Die Zuschüsse an Vereine zur Errichtung vereinseigener Sportstätten werden um DM 26.000,- gekürzt, d.h. der ursprüngliche Haushaltsansatz verringert sich von DM 70.000,- auf DM 44.000,-. Für den Um- und Ausbau von Gemeindestraßen bleiben von den DM 180.000,- des Haushaltsansatzes ganze DM 50.000,- übrig. Die Ursulinenstraße wird nicht ausgebaut. Herr Caspari machte deutlich, daß die CDU diese Haushaltseinsparungen vorschlage, um den Übergang zur Fehlbetragsgemeinde zu vermeiden. Würde Winterberg Fehlbetragsgemeinde, so würden beispielsweise die Kanalgebühren um 50% teurer und die Stadt könne nicht mehr selbständig über ihre eigenen Maßnahmen befinden. Das Investitionsprogramm der Stadt für die Jahre 1979-1983 müsse überarbeitet werden, da heute schon erkennbar sei, daß die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt (5,4 Mio. d.Red.) nicht realisierbar seien. Pikanterweise beantragte Herr Caspari die Annahme des Investitionsprogrammes mit dem Zusatz: "Die Verwaltung wird beauftragt, das Investitionsprogramm insoweit zu überarbeiten, daß dies eine weitere Verschuldung der Stadt nicht vorsehe," sprachs, und beantragte noch im gleichen Satz, den Bauausschuß zur Vergabe der Arbeiten am Siedlinghauser Sportplatz zu ermächtigen.

Bürgermeister Schnorbus hatte die Sitzung mit dem Satz eingeleitet: "Sie haben diese Beschlüsse alle mit-

gefaßt und können jetzt nicht große Veränderungen herbeiführen."

Für die Bürger wäre das wahre Ausmaß von Kürzungen erst dann erkennbar, wenn in den einzelnen Haushaltsreden auch die Haushaltsansätze genannt würden. Dann erst weiß man, welche Beträge tatsächlich für die einzelnen Maßnahmen übrigbleiben. Es scheint, als würden sich die Stadtvertreter im Jonglieren üben. Vielleicht wäre es ratsamer, den überzogenen Tatendrang des Bürgermeisters und des Stadtdirektors zu bremsen. Auch würde es dem Haushalt gut bekommen, die Bekenntnisse zum Sparen in praktisches Handeln umzusetzen. Hierzu einige Vorschläge:
Die Heizölkosten in den öffentlichen Gebäuden sollten durch Absenkung der Raumtemperaturen vermindert werden. Das Vorhandensein einer Wärmehalle im städt. Freibad macht die Öffnung des Hallenbades überflüssig, man sollte deshalb während der Sommermonate das Hallenbad schließen. Die Bobbahn sollte so lange gesperrt werden, bis die Folgekosten von den sie nutzenden Verbänden getragen werden. Auf lange Sicht muß die Sanierung ein paar Nummern kleiner ausfallen. Sie sollte auf das Gebiet zwischen Unterer- und Oberer Pforte beschränkt bleiben. Die Verkehrssanierung sollte sich mit einem dreispurigen Ausbau des Waltenbergs und der Haarfelder Straße, sowie der Untertunnelung in Nord-Südrichtung parallel zum Eisenbahntunnel begnügen.
Eine jahrelange Störung des Fremdenverkehrs durch Riesenbaustellen und ein nicht zu verkraftender Eigenanteil an den Sanierungskosten könnte Winterbergs wirtschaftliche Kräfte endgültig überfordern. Schon jetzt zahlen die Schulen und Vereine mit Kürzungen ihrer Zuschüsse aus dem städt. Haushalt die Zeche für die Großmannssucht, bald wird die Stadt durch volle Ausschöpfung der Gebühren alle Bürger zur Kasse bitten, die Löcher in den Straßen werden nicht mehr beseitigt werden und Aufwendungen für die Jugend und kulturelle Einrichtungen, heute schon Stiefkinder der Finanzplaner, werden endgültig als nicht finanzierbarer Luxus gelten.

xxxxxxxxxxxx

Streng geheim

Man könnte meinen, daß Vorgänge, die sich mit der Errichtung einer Realschule oder mit der Einrichtung eines Realschulzweiges beschäftigen, streng geheim sind. Wie sonst läßt sich erklären, daß bis heute sich kein städtisches Gremium öffentlich zu einem Schreiben des Kultusministers Girgensohn geäußert hat oder diese Angelegenheit auf der Tagesordnung einer Ratssitzung gestanden hätte. Kultusminister Girgensohn hat mit seinem Schreiben vom 18.3.1980 den Rat zur Stellungnahme aufgefordert. Sein Inhalt betrifft die Errichtung einer Realschule bzw. die Genehmigung eines Gymnasiums mit Realschule. Es werden Vorschläge gemacht, die in Winterberg in der Form von Schulversuchen zu realisieren wären.

xxxxxxxxxxxx

Wohnungsprobleme von Gastarbeitern und Asylanten

Ein Hinweis von Frau Brinkmann, Fraktionsmitglied der CDU im Stadtrat, hat uns bewogen, auf die ungeheuren Schwierigkeiten hinzuweisen, auf die Wohnungssuchende Gastarbeiter in Winterberg stoßen. Während Hoteliers und Pensionsinhaber im allgemeinen ausländische Gäste gern beherbergen und zum großen Teil von deren Geld abhängig sind, treffen ausländische Wohnungssuchende auf totale Ablehnung. Gerechterweise muß erwähnt werden, daß es auch Wohnungsgeber gibt, die immer wieder Wohnraum an Ausländer vermieten. Die Mehrzahl verweigert aber Gastarbeitern ihre Wohnungen. In diese Lücke stoßen nun Hausbesitzer, die hier gar nicht ansässig sind und vermieten Wohnraum zu Preisen, die nur als ausbeuterisch zu bezeichnen sind . So ist bekannt, daß in einem Fall für ein 8,5qm großen Raum monatlich DM 200,-- verlangt wurden. In einem anderen Fall ist bekannt, daß die Eigentümerin von Haus Hellenstraße Nr.1 (Hintermeisters) für drei möbilierte Zimmer DM 750,- verlangt zuzüglich der Stromkosten. Solchen

Leuten sollte das Ausländeramt das Handwerk legen.
Ein zusätzliches Problem schafft die Unterbringung von 29 Asylsuchenden, die voraussichtlich nach Winterberg kommen werden, Die "Brennessel" appeliert an alle Bürger, die Wohnraum zu vermieten haben, diesen auch Ausländern zur Verfügung zu stellen. Wohnungsangebote können sowohl an die Stadtverwaltung als auch an die Caritas gerichtet werden. Die meisten der Gastarbeiter oder Asylsuchenden haben bei ihrer Ankunft buchstäblich nichts. In diesen Fällen hilft die Winterberger Caritas mit ihren ehrenamtlichen Helfern. Niemand sollte Kleider oder Möbel wegwerfen, die für einen menschenwürdigen Gebrauch noch taugen, sondern sie bei der Sammelstelle der Caritas abgeben.

xxxxxxxxxxxx

F.J. Strauß, Kanzlerkandidat

Wir wollen auch in dieser Ausgabe der "Brennessel" unserer Überzeugung treu bleiben, daß Polemik gegen Strauß nur wenig ausrichten kann. Der Leser kann sich ein besseres Urteil über den Kandidaten Strauß bilden, wenn ihm das, was Strauß zu bestimmten Problemen sagt, zugänglich gemacht wird. Nach der auszugsweisen Veröffentlichung der sogenannten "Sonthofener Rede", nach der Veröffentlichung verschiedener Austrittserklärungen von CDU-Mitgliedern und öffentlicher Erklärung prominenter Leute über die Kanzlerkandidatur von Strauß soll in dieser Ausgabe anhand von Zitaten deutlich werden, wie Strauß über die sogenannten Ostverträge und den Grundlagenvertrag mit der DDR denkt. Die Tatsache, daß er für den Fall seiner Kanzlerschaft die Verträge einhalten will ("Pacta sunt servanda") sagt für sich noch nicht viel darüber aus, mit welchem Geist er sie erfüllt sehen will und wie verläßlich er als Vertragspartner sein wird. Er wird sich jedenfalls bemühen, einsichtige Politiker aus den eigenen Reihen auf Vordermann zu bringen. Darüber dürfte folgendes Zitat aus der Wienerwald-Rede, zitiert nach Spiegel vom 29.11.76 Aufschluß geben:
"Und diesselben Kerle, die in der CDU die Anpassung an die Ostverträge propagiert haben, à la Leisler Kiep werden dann sagen, jetzt müssen wir uns anpassen an die unaufhaltsame Entwicklung. Und wer immer- ich weiß, daß man hier wie ein Herkules beinahe den Weltball auf den Schultern trägt- sich dagegen wendet, der muß dann Tausende Stunden diskutieren, warum ein Ausbruchversuch aus dieser Pygmäen-Ideologie, aus dieser Zwergen-Mentalität dann nicht verbrecherisch ist, nicht eine Sünde an der Gemeinschaft ist."

Die folgenden Zitate geben Aufschluß über seine Haltung zu den genannten Verträgen:
"Die Angriffe beweisen, daß die Regierung sich auf frischer Tat ertappt fühlt, bei dem Versuch, ihren kalten Staatsstreich- denn nichts anderes stellt der Vertrag mit Moskau dar- durch wütendes Umsichschlagen zu vertuschen." Bild v.22.4.72

"Wir von der CSU sind einhellig der Meinung, daß der Grundvertrag verfassungswidrig ist." Bild v.24.5.73

"Wir sind gegen diese Verträge mit diesen Formulierungen, die von Dilettanten ausgehandelt wurden." Wahlkundgebung, Münchener Merkur v.5.2.75

"Es geht auf alle Fälle darum, zu erkennen, daß die so stürmisch gefeierte "neue Ostpolitik"- man könnte auch sagen: sowjetische Westpolitik!- eine Funktion in einem größeren strategischen Konzept der Sowjetunion darstellt."
Bild am Sonntag vom 23.3.1975

"Ich habe im Herbst 1969 die sich abzeichnende Ostpolitik der SPD/FDP als Ausverkauf Deutschlands... bezeichnet. Ich bin dieser Haltung ohne Schwanken

treu geblieben. (...) SPD und FDP versuchen, die Unionsparteien zu Komplicen ihrer leichtfertigen, dilettantischen und gefährlichen ostpolitischen Vertragsabschlüsse zu machen."
Welt v. 23.2.1976

"Unsere Aufgabe ist es, von Deutschland zu retten, was zu retten ist, auch gegen die neue Ostpolitik."
CSU-Parteitag vom 17.6.1978

xxxxxxxxxxxx

Den folgenden Artikel von Wilhelm Bittorf veröffentlichen wir mit Genehmigung des "Spiegel"-Verlages

Mit den Russen reden

(Wilhelm Bittorf)

Beim Einmarsch der Russen in Afghanistan ist durch manche Hirne (aber offenbar nicht durch das von Jimmy Carter) ein verwegener Gedanke geflackert. Würden Amerikaner und Russen sich jetzt nicht zusammensetzen müssen? Wäre nicht spätestens dies der Zeitpunkt für eine Krisensitzung der Supermächte, nicht für ein neues München, auch nicht unbedingt für ein neues Jalta, wohl aber für den ernsthaften Versuch, die für beide Seiten immer bedrohlicher werdenen Mittelost-Probleme gemeinsam in den Griff zu bekommen?
Russen und Amerikanern, beiden mußte doch daran liegen, den Amoklauf des Ajatollah und den islamischen Fanatismus zu bremsen. Hätte sich über Afghanistan und die Moskauer Belange dort nicht reden lassen, wenn die Amerikaner dafür freie Hand gewonnen hätten, die Geiselaffäre in Teheran zu beenden und den Bann zu brechen, mit dem ein besessener alter Mann die Kräfte der Vernunft in seinem Land gelähmt hat? Warum hätte es je eine Situation gegeben, die dringender erfordert, daß Washington und Moskau einander ihre Interessen und Absichten offenlegen und sich über Bedingungen und Unabdingbarkeiten ins Benehmen setzen?
Nichts von alledem. Kein Versuch, die beiden Krisen voneinander zu isolieren und eine zur Behebung der anderen zu benutzen. Statt dessen verschwimmen in der Sicht amerikanischen Präsidenten beide Krisen miteinander, potenzieren einander, verschmelzen Chomeini und Breschnew zu einem einzigen hitlerischen Ungeheuer, gegen das sich Carter in eine beängstigende Kreuzzugsstimmung hineinsteigert.
Statt nach Moskau zu fliegen und Nägel mit Köpfen zu machen, fuchtelt Zbigniew Brzezinski, "Sicherheitsberater" des Weißen Hauses, mit der Maschinenpistole an der afghanischen Grenze herum, empfiehlt der Lufthansa, ihre Jets für Truppentransporte klarzumachen und entpuppt sich als ein Abenteurer, den man lieber bei den Marines wüßte als im Ohr des Präsidenten.
Tremolierende Entrüstung, moralische Verdammung, Ultimaten, Sanktionen - nicht nur gegen den entfesselten Oberpriester Persiens, sondern auch gegen die einzige Macht, die wirklich helfen könnte, die haarsträubend verfahrene Situation zu meistern: die Sowjet-Union. Und warum? Weil nun auch Jimmy Carter die hemmungslose Machtgier der Russen durchschaut zu haben glaubt. Und weil auch Jimmy Carter um keinen Preis die Fehler der dreißiger Jahre wiederholen will, die Fehler der Westmächte damals bei ihrem viel zu netten Umgang mit Hitler.
Kein anderes historisches Beispiel wird in Amerika und hierzulande dringlicher bemüht als die Zeit vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.
Da wird von Carter wie von Franz Josef Strauß, seinem nibelungentreuen Hagen, emphatisch behauptet, Hitler wäre womöglich zur Besinnung gekommen, wenn die westlichen Nationen seine Olympischen Spiele geschmissen hätten. Und da wird bis zur Besinnungslosigkeit die These repetiert, die großdeutsche Expansion wäre zu stoppen gewesen, wenn die Westmächte ihr nur rechtzeitig ein gebieterisches "Halt!" entgegengerufen hätten.
In Wahrheit aber hätte es nach 1936 nur eine einzige Chance gegeben, Hitler zu

beeindrucken und den Zweiten Weltkrieg vielleicht zu verhindern- dann nämlich, wenn zwischen den Westmächten und der Sowjet-Union ein ehener Pakt zustande gekommen wäre mit dem Ziel, bei der nächsten deutschen Aggression gemeinsam gegen das Reich vorzugehen.
Daß solch ein Bündnis damals nicht zustande kam, war nicht die Schuld der Sowjets. Sie hatten schon 1935 einen Beistandspakt mit Frankreich geschlossen, der im Hinblick auf die besonders gefährdete Tschechoslowakei vorsah, daß die Sowjet-Union den Tschechen bei einem deutschen Angriff helfen sollte, wenn auch Frankreich sich zur militärischen Intervention gegen den Aggressor aufrafft.

Als Hitler 1938 von den Tschechen die Abtretung des Sudetenlandes verlangte, ließ Stalin denn auch teilweise mobil machen und schickte 40 Divisionen ins Grenzgebiet zur Slowakei. Aber die Franzosen gingen zusammen mit den Engländern zu Hitler nach München, um ihm das Sudetenland zu konzedieren.

Nachdem Großdeutschland im März 1939 die ganze Tschechoslowakei besetzt hatte, unternahmen Frankreich und Großbritanien noch einen Anlauf, eine Koalition mit der Sowjet-Union zu schaffen, die Hitlers Reich bei einer neuen Aggression vom ersten Tag an in den gefürchteten Zweifrontenkrieg gestürzt hätte.
Die französisch-britisch-sowjetischen Verhandlungen, die unter Konsultation der polnischen Regierung ab Mai 1939 geführt wurden, scheiterten jedoch daran, daß die Polen sich weigerten der Roten Armee das Durchmarschrecht durch ihr Territorium einzuräumen.

Sie wollten die Russen selbst dann nicht im Land haben, wenn der drohende deutsche Angriff auf Polen losbrechen würde. Der polnische Außenminister Oberst Beck erklärte den Westalliierten: "Wir verabscheuen sie beide (Russen wie Deutsche) gleichermaßen. An die Deutschen würden wir unser Leben verlieren, an die Russen aber unsere Seele. Wir ziehen es vor, unser Leben zu verlieren."

Die Franzosen waren gleichwohl bereit, Stalin auch gegen den Willen der irrationalen polnischen Regierung auf polnischen Territorium gegen die deutsche Armee operieren zu lassen. Die Engländer aber respekierten den Russenhaß der Polen, zumal das britische Mißtrauen gegen Stalin kaum weniger groß war als das gegen Hitler.

Deshalb vor allem scheiterte der Pakt, an dem die Sowjetführung bis Anfang August 1939 brennend interessiert schien, der einzige Pakt, der Hitler entweder aufgehalten oder aber von vornherein als Selbstmörder antlarvt hätte.
Erst nach diesem Scheitern machte Stalin seine berüchtigte Kehrtwende und schloß den Nichtangriffspakt mit seinem Rivalen Hitler in der zynischen Hoffnung, die Kriegswut des Führers vorerst wenigstens auf Polen und die Westmächte zu beschränken. Bis Hitlers Raserei die Leute dann doch zusammenzwang, die nicht zusammenfinden konnten, als noch Zeit war, das Schlimmste zu verhüten.
Wenn man also eine Lehre aus den dreißiger Jahren zieht, dann müßte sie doch lauten: Der Zweite Weltkrieg ist ausgebrochen, weil die Westmächte zu mißtrauisch und feindselig gegen Moskau eingestellt waren, um die Sowjet-Union von vornherein in eine Anti-Hitler-Koalition einzubeziehem. Der Krieg ist ausgebrochen, weil man das rote Rußland selbst in erster Linie für eine Bedrohung hielt, für einen Wolf, den man keinesfalls in den Schutz von Schafen einschalten dürfe. Da gab man sich lieber der Illusion hin, daß die Westmächte auch ohne die Sowjet-Union imstande seien, die europäische Ordnung aufrechtzuerhalten.

Und genau hier zeigt sich die eigentlich wichtige Analogie zur Gegenwart. Denn dem britischen und polnischen Wahn von 1939, auch ohne und sogar gegen die Sowjet-Union mit Hitler fertig zu werden, entspricht die wahnhafte Vorstellung Jimmy Carters und Zbigniew Brzezinskis, sie könnten sich in Mittelost und in ganz Asien ohne die Sowjet-Union, ja an deren eigener Grenze sogar gegen die Sowjet-Union durchsetzen.

Seit Lyndon Johnsons Einfall, daß man den Kommunismus mit einer 600 000-Mann Armee im Dschungel von Vietnam bekriegen müsse, wenn man verhindern wolle, daß die Roten demnächst die kalifornische Küste stürmen, ist im Weißen Haus kein so unheilschwangeres Konzept mehr entwickelt worden wie in der Reaktion auf Afghanistan: Rußland für eine Art Hitlerdeutschland anzusehen und so zu behandeln, wie Hitlerdeutschland verdient hätte, behandelt zu werden; in der Geiselnahme und in der Afghanistan-Invasion gleichartige Verstöße gegen das Völkerrecht und den Stolz Amerikas zu erblicken; die Sowjetführung für ebenso irrational und verhandlungsunfähig zu halten wie einen Chomeini oder wie einst den Mann aus Braunau.
Afghanistan wird vergewaltigt. Das ist bitter wahr. Aber ist es richtig, die russische Handlungsweise so ausschließlich vom moralischen Standpunkt zu be- und verurteilen, wie Carter es tut? Glaubt er, daß die Vereinigten Staaten mitseiner Wahl vor vier Jahren ihre historische Unschuld zurückgewonnen haben, nur weil sich der Lieblingssohn von Lillian Carter aus Plains in Georgia bisher noch keine internationale Untat hat zuschulden kommen lassen?
Noch sind die Leichenhaufen nicht ganz vermodert, die Amerika in Indochina zurückgelassen hat, noch stehen die vergifteten Wälder kahl. Niemand weiß, wieviel Schuldige und Unschuldige auch von amerikanischer Hand noch sterben werden, ehe der Irrsinn im Iran vorüber ist. Ahnt der Präsident nicht, daß die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten schon allzubald zu neuen Interventionen in der islamischen Welt gezwungen sein könnten, die dem Völkerrecht und der reinen Menschenliebe auch nicht gerade schmeicheln würden?

Afghanistan wird vergewaltigt -ein Land, das für die Amerikaner erst wirklich zu existieren anfing, als der große Freund der Freiheit, der verläßliche Verbündete und Liebling seines Volkes, der Schah von Persien, seinen Thron räumen mußte. Dafür wurde das Interesse Washingtons nun um so lebhafter: Man darf schon jetzt gespannt sein auf die irgendwann fälligen Enthüllungen über das, was die gute alte CIA in Kabul und um Kabul herum unternommen hat, um dieses Gebiet den Russen quasi unterm Hintern wegzuziehen.
Statt also die Kremlherren selbstgerecht und in kaum noch reparabler Weise zu ächten und aus schiefen historischen Vergleichen falsche Schlüsse zu ziehen, wäre Präsident Carter besser dem Rat gefolgt, den der amerikanische Politologe Miles Kahler noch kurz vor der Afghanistan-Invasion in der Zeitschrift "Foreign Affairs" gab: "Überprüfe immer wieder die Absichten deiner Gegner und die Motive ihres Verhaltens." Und überprüfe, müßte man hinzufügen, besonders die Wirkung deines Verhaltens auf das Verhalten deiner Gegner.
Denn die Sowjet-Union ist zwar ein Gegner. Aber sie ist nicht Hitlerdeutschland. Sie hat 20 Millionen Menschen opfern müssen, um das wirkliche Hitlerdeutschland zu besiegen. Und aus dem Zweiten Weltkrieg (zu dem es eben auch deshalb kam, weil die Westmächte und Polen die roten Russen nicht als Ordnungsmacht akzeptieren wollten) ist diese Sowjet-Union als einzige Welt-Ordnungsmacht neben den Vereinigten Staaten hervorgegangen.

Jawohl, als Ordnungsmacht. Denn auch wenn uns die Sowjet-Ordnung ums Verrecken nicht paßt, so hat sie doch in gigantisch großen Gebieten dieses Planeten eine Stabilität geschaffen, die es ohne sie dort nicht gäbe- zumal die Amerikaner, die nicht einmal mit Lateinamerika klarkommen, gar keinen Wert darauf legen, auch noch auf den Balkan, die Ukraine und Turkestan aufzupassen.
Trotz ihrer permanenten Spannungen und trotz ihrer Krisen hat die zweipolige Weltordnung zwischen Washington und Moskau funktioniert. Auch das berühmte "europäische Gleichgewicht" des 19. Jahrhunderts beruhte ja auf Gegensätzen und funktionierte, solange die daran beteiligten Mächte auf die Lebensinteressen und Empfindlichkeiten der anderen Rücksicht nahmen.
In der zweigeteilten Nachkriegswelt spielten nur die Vereinigten Staaten und die Sowjets eine Rolle. So hätte

es nach russischer Ansicht bleiben sollen. Aber so blieb es nicht.

Henry Kissinger wollte weg von der Bipolarität der beiden aufeinander fixierten Supermächte. Er wollte einen multipolaren Globus mit mehreren zusätzlichen Machtzentren: Westeuropa Peking, Tokio. Sogar der Schah sollte ein "regionales Einflußzentrum" aufbauen.
Das klang zunächst ganz gut und sah sogar nach Entspannung aus. Doch von der Kremlmauer aus betrachtet war es ein finsteres Komplott: Statt zwei Machtzentren fünf oder sechs- doch alle neuen Machtzentren waren antisowjetisch, waren säuberlich rings um die Peripherie des Moskauer Imperiums aufgereiht. Die Sowjetführer sahen sich aus ihrer Sonderstellung abgedrängt und dichter denn je umzingelt von immer stärker werdenden kapitalistischen und russenfeindlichen Kolossen.
Besonders die Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und China irritierte die Russen zutiefst. Denn so etwas wie eine geopolitische Parität konnte zwischen der Sowjet-Union und den USA überhaupt nur so lange bestehen, wie China neutralisiert blieb. Was dagegen ein amerikanisches Bündnis mit einer Millarde russenhassenden Chinesen für Moskau bedeutet, kann man sich gar nicht schimärisch genug vorstellen.
Fast sechstausend Kilometer lang ist die Grenze zwischen der Sowjet-Union und China, länger als die Grenze zwischen den USA und Kanada. Was würden die Amerikaner sagen, wenn jenseits dieser Grenze eine Milliarde Chinesen lebten, deren Amerikahaß von der Sowjet-Union für ihre Zwecke eingespannt würde?
Kissinger und Nixon waren wenigstens so geschickt, gelegentlich in Moskau vorzusprechen, um Breschnew und seine Genossen zu beruhigen, sie artig zu konsultieren und ihnen das Gefühl zu geben, daß sie doch noch mitzureden hätten auf dem Globus. Jimmy Carter aber brachte Zbigniew Brzezinski mit ins Weiße Haus, "Zbig", der auch solche Gesten für überflüssig hielt und statt nach Moskau lieber nach Peking flog, um im Duett mit Hua auf die Russen zu schimpfen.
Brzezinski ist Exil-Pole, sein Vater war Konsularbeamter der polnischen Exilregierung in Kanada. Er gehörte dem gleichen Kreis an wie der Oberst Beck und die Führer Vorkriegspolens, die sich in ihrem Russenhaß lieber von Hitler niederwalzen ließen als eine sowjetische Beistandsgarantie für ihr Land zu akzeptieren.
"Wir müssen uns mehr um unsere Verbündeten kümmern. Sie sind wichtiger für uns als Moskau." Mit diesen Worten pflegte Brzezinski sein globales Konzept zu umreißen. Sein unausgesprochenes Ziel war, die nichtsowjetische Welt so zu festigen, daß Washington am Ende gar keine Rücksicht mehr auf die sehr alten Genossen im Kreml zu nehmen braucht, daß es sein planetarisches Management ganz ohne Mitwirkung der anderen Supermacht betreiben kann.
Schon vor dem Umsturz im Iran war das eine Illusion. Seither führt diese Illusion nur tiefer ins Fiasko. Zu spät entdecken Jimmy Carter und sein Berater, daß auch alle ihre treu gebliebenen Verbündeten ihnen nicht helfen können, 50 ihrer Landsleute aus den Händen eines irren Imam zu befreien.
Der einzig sinnvolle Beistand, den die Verbündeten den Amerikanern leisten können, besteht denn auch in dem Rat und in der inständigen Aufforderung: Lernt aus der Geschichte, wie sie wirklich war. Und redet mit den Russen.

xxxxxxxxxxxx

Liebe Leser der Brennessel!

Wir bedanken uns für die bisher eingegangenen Spenden, möchten Sie aber gleichzeitig bitten, unsere Arbeit verstärkt finanziell zu unterstützen, da wir sonst nicht in der Lage sind, die Zeitung weiter erscheinen zu lassen.

xxxxxxxxxxxx